DIE LINKE im Kreistag - Hans-Jürgen Kemmerle - Rede zum Haushalt am 05.12.2014

Sperrvermerk bis zum Abschluss der Rede - Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Haas,

sehr geehrte Damen und Herren,

werte Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für ihre Vorlage. Der Landkreis Ludwigsburg steht finanziell solide da. Alle Investitionen können ohne zusätzliche Schuldenaufnahme finanziert werden. Auch dieses Jahr ist ein Überschuss eingeplant. Der Kreis kann den zweiten Bauabschnitt zur Erweiterung des Kreishauses ohne neue Schuldenaufnahme ab 2015 angehen.

Die Kreisumlage kann auf 31,5 Prozentpunkte gesenkt werden. Das ist ein Signal an die Städte und Gemeinden die mit erheblichen Defiziten zu kämpfen haben. Dieses Signal, der Orientierung an den Schwächeren, wünsche ich mir nicht nur wenn es um die Kreisumlage geht. Dieses Signal, wir haben auch die Schwächeren im Blick, wünsche ich mir auch beim Umgang mit dem Personal in der Verwaltung und mit den Personal in unseren Gesellschaften.

Wir sind einer der reichsten Landkreise in unserer Republik und trotzdem gibt es hier ein deutlich wahrnehmbares soziales Ungleichgewicht und deutliche Hinweise auf Fehlentwicklungen.

Fehlentwicklung Eins scheint mir die zunehmende Intransparenz politischer Entscheidungen. Transparente, demokratische öffentliche Meinungsbildung wird durch zugegeben gute Pressearbeit der Verwaltung und der Geschäftsführungen ersetzt.

Auch der Haushaltsplan ist wieder nicht selbsterklärend, sondern funktioniert nach dem Motto, fragen sie uns, dann sagen wir`s ihnen. So weiß man zwar, wenn man nachfragt, wo die 1,85 Mio. für Stuttgart 21 stecken, aber man kann sie nicht (mehr) sehen. Da heißt es auf Seite 220 lapidar - Umlage VRS (Vermögen). Weiter nichts.

Fehlentwicklung Zwei. Der Landkreis trägt zur weiteren Spaltung unserer Gesellschaft bei und ist selber an der Verarmung eines Teils unserer Mitbürger und Mitarbeiter beteiligt. Warum?

Der Landkreis und seine Gesellschaften versuchen wirtschaftliche Probleme auf dem Rücken seiner schwächsten Beschäftigten zu lösen und Aufgaben der uns übertragenen öffentlichen Daseinsvorsorge unter dem Primat der Gewinnerzielung zu organisieren. DIE LINKE hält diesen Weg für falsch.

Noch ein Beispiel. Zur Personalsituation wird uns regelmäßig beteuert, dass die Verwaltung sehr eng kalkuliere und nur Stellen beantrage die wirklich dringend benötigt werden. Das ist leider so. Eigentlich darf die Personalbesetzung nicht auf Kante genäht sein. Wenn wir aber in den Haushaltsplan schauen, sehen wir auf Seite 373, dass Stand 30. Juni 2014 rund 88 Stellen nicht besetzt sind. Das ist deutlich zu viel und hat mit reiner Fluktuation nichts gemein.

Fehlentwicklung Drei. Das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft auch im Kreis Ludwigsburg, die sogenannte soziale Schere. Wir haben zwar einen Rückgang der Arbeitslosenzahl, aber keinen Rückgang der Bedarfsgemeinschaften. Also Arbeitnehmer, die von ihrer Arbeit nicht leben können und Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II aufstocken müssen!

Gleichzeitig haben wir auch eine erhebliche Verteuerung im Bereich der Mieten.

Nun ist es für das Steueraufkommen bei der Grunderwerbssteuer natürlich gut, wenn der Immobilienmarkt so in Bewegung ist, dass für 2015 der Planansatz, obwohl bereits auf hohem Niveau, um 2 Millionen auf 29 Millionen erhöht werden kann.

Für unsere von Armut bedrohten Bürger ist diese Entwicklung aber eher eine Katastrophe, da die Entwicklung der Grunderwerbssteuer auch ein Hinweis auf die Verteuerung der Mieten ist.

Deshalb gehört für DIE LINKE, zur Freude über die eingehenden Steuereinnahmen bei der Grunderwerbssteuer, die Verpflichtung, die im Job-Center seit 2009 nicht mehr angepasste Mietobergrenze endlich neu zu ermitteln und entsprechend anzupassen.

Sehr geehrter Herr Landrat,

als erstes Thema sprachen sie bei der Einbringung des Haushaltes zu den Kliniken. 20 Jahre gGmbH ein Grund zu feiern. Ich war damals auch Kreisrat. 1994 wurde die Belegschaft mit drei Versprechen für die Umwandlung in eine privatwirtschaftlich organisierte gGmbH gewonnen. Ich sagte damals zu einigen Kolleginnen in den Kliniken, glaubt ihr Ihnen das, was sie euch versprechen? Sie glaubten damals der Kreispolitik. Sie wissen es ging um den zugesagten Gründungskonsens. Was wurde versprochen:

Erstens. Den MitarbeiterInnen wurde versprochen, dass es keinen Ausstieg aus dem öffentlichen Tarifsystem geben wird. Damals hieß das noch BAT. Heute ist das der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Sie haben sich nicht daran gehalten.

Zweitens wurde versprochen, das Angebot in der Fläche zu erhalten. Es würden keine Kliniken geschlossen hieß es. Inzwischen haben sie unsere Rehaklinik zu gemacht und wie es mit unseren kleinen Häusern weitergeht steht in den Sternen.

Und **Drittens** wurde zugesagt, dass die Unternehmensplanung, wie im damaligen Krankenhausausschuss üblich, öffentlich erfolgt. Auch das haben sie über Bord geworfen.

Herr Landrat, sie sagten bei der Einbringung des Haushaltes zu den Kliniken, dass die Entscheidungs- und Steuerungsaufgaben verantwortungsvoll und kompetent wahrgenommen werden.

Wenn wir uns das Spannungsfeld zwischen, was wurde versprochen und was wurde gehalten, anschauen, dann sehen wir, dass alle drei Versprechen wackeln. Das einzige was hier sicher ist, ist die derzeitige Verunsicherung und das nenne ich keine verantwortungsvolle Aufgabenwahrnehmung.

Bereits 2004 beschloss der Kreistag, immerhin damals in öffentlicher Sitzung, die Gründung einer Kliniken Service Gesellschaft mit dem Ziel den Bereich Reinigung auszugliedern. Jetzt konnte man in der örtlichen Presse lesen, dass seit dem ersten Januar diesen Jahres die Kliniken Service GmbH als Leiharbeitgeber fungiert und diese Mitarbeiter nach dem Tarif für Gebäudereiniger entlohnt werden. Wenn die genannten Zahlen stimmen, dann sind das pro Vollzeitkraft 12 000 Euro Einsparung im Jahr Brutto.

12 000 Euro gebrochene Versprechen pro Vollzeitkraft, bei derzeit ungefähr 450 Mitarbeitern. Da wird neben der schlechteren Bezahlung auch noch die zusätzliche Altersversorgung in der öffentlichen Zusatzversorgungskasse ZVK eingespart.

Wie wir wissen, sorgen sich heute auch die Mitarbeiterinnen im Bereich der Wäscherei und der Küche um ihre versprochenen Rechte und wie es da weiter geht.

Zur Erinnerung: Allen Mitarbeitern der Kliniken wurde der Verbleib im öffentlichen Tarifvertrag versprochen. Dieses Versprechen sollten wir auch halten.

Sehr geehrter Herr Landrat,

in ihrer Rede zitierten sie Wilhelm Busch. Gerne möchte ich dieses Zitat etwas abgeändert für die betroffenen Mitarbeiter aufgreifen. Es würde dann so lauten: Kaum haben die Kleinen ein bissel was, kommt der Kreistag und nimmt ihnen das.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

für DIE LINKE ist nur ein öffentliches Krankenhauswesen ein gutes Krankenhauswesen. Dieses hat sich selbstverständlich wirtschaftlich verantwortungsbewusst am Bedarf und nicht an der Effizienz zu orientieren.

Krankhäuser sind für die Gesundheit der Bürger da und nicht um Geschäfte mit deren Krankheiten zu machen.

Die Kliniken sollen die zu ihrer Aufgabenerfüllung notwendigen Mittel erhalten. Auch wenn das Ziel von Bund und Land und der privaten Klinikkonkurrenz die Zerstörung der kleinen, bürgernahen Klinikangebote in der Fläche ist. Wir stehen zu den kleinen Häusern und wir stehen zu ihren Mitarbeitern.

Inklusion und Schule ist ein weiteres wichtiges und schwieriges Thema. Dabei wird es über lange Zeit Doppelstrukturen im Bildungsbereich erfordern. Das verursacht natürlich Kosten auf die wir im Kreis nur begrenzt Einfluss haben. Es kann aber nicht sein, das die Verantwortung für das Bildungswesen beim Land liegt und die Umsetzung der Teilhabe an diesem Bildungswesen durch die Landkreise und Kommunen finanziert werden muss. Hier muss sich das Land seiner Verantwortung stellen und sich an der Finanzierung zumindest beteiligen.

Der **Öffentliche Personen Nahverkehr** steht vor einem Umbruch. Dieser Umbruch darf weder zu einer Verschlechterung der bisherigen Qualität führen, noch darf er in unserer verdichteten Region zu einer Zunahme des Individual- und LKW-Verkehrs führen. Hier braucht es öffentliche Lösungen und es ist bedauerlich, wie behäbig sich das Thema Stadtbahn bewegt.

DIE LINKE hat in den Vorberatungen etlichen Vorlagen und Anträgen, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und im Sozialausschuss zugestimmt. Wir halten diese für sinnvoll und wichtig.

Auch die vom Landratsamt in guter Kooperation mit den Städten und Gemeinden geleistete Arbeit für die Unterbringung der großen Zahl der **Flüchtlinge** möchte ich ausdrücklich hervorheben.

Ebenso lobenswert ist die frühzeitige kritische Initiative von ihnen Herr Landrat zu TTIP und CETA den sogenannten Freihandelsabkommen. Sie haben erkannt, dass die Geheimverhandlungen zu diesen Abkommen ein Anschlag auf die öffentlichen Daseinsvorsorge sind und die politische Handlungsfähigkeit demokratisch gewählter Gremien, gerade im kommunalen Bereich massiv einschränken wird.

Gestern verlautete von der ersten europäischen Bürgerinitiative, das inzwischen eine Million Unterschriften gegen diesen Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung gesammelt wurden.

Ich hoffe, dass sich unsere Verhandlungsführer auf der Bunesebene endlich der Verantwortung für die kommunale Selbstverwaltung stellen und diese Verhandlungen abbrechen.

Sehr geehrter Herr Landrat,

auch wenn wir einzelne Vorhaben für wichtig und unterstützenswürdig erachten, reichen diese nicht aus um dem Haushalt als Ganzem zustimmen zu können.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit